

Bekanntnis zur Schuldenbremse auf Landesebene - Verzicht auf Neuverschuldung im Doppelhaushalt 2027/2028

Drucksache 8/6565 · eingebracht 2026-03-31 – Antragsteller: **AfD**

Finanzpolitik

Haushalt

Generationengerechtigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert einen schuldenfreien Doppelhaushalt 2027/2028 und lehnt die neu geschaffene Länderverschuldungsmöglichkeit ab.

KERNFORDERUNGEN

- Verzicht auf Neuverschuldung
- Ausgabenpriorisierung statt Kreditaufnahme
- Darlegung konkreter Konsolidierungsmaßnahmen

BEWERTUNG

4.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Überarbeiten

Der Antrag betont Haushaltsdisziplin und Generationengerechtigkeit, was die Werte Menschenwürde (C2) und Transparenz & Mitbestimmung (C3) stützt. Allerdings ignoriert er systematisch soziale und ökologische Investitionsnotwendigkeiten — etwa in Bildung, Klimaschutz oder soziale Infrastruktur — und verkennt, dass Schuldenvermeidung bei sinkender Bevölkerung nicht automatisch soziale Gerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit sichert. Ein Feld wie D4 (Soziale öffentliche Leistung) erhält -3, da der Antrag keine Verbindung zu Daseinsvorsorge herstellt, sondern Ausgabenkürzung als Selbstzweck darstellt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Positionierung zur Haushaltsdisziplin
- Verweis auf Verfassungsrang der Schuldenbremse
- Forderung nach Transparenz bei Konsolidierungsmaßnahmen

Schwächen

- Vollständiger Verzicht auf ökologische Dimension
- Keine Berücksichtigung sozialer Infrastruktur oder Bildung
- Keine Bürgerbeteiligung oder Mitbestimmung vorgesehen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	++	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	+	+	•	•
D · BÜRGER:INNEN	•	•	•	-	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	-	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 Finanzpolitik & Haushaltsführung Bewertung: +4

Schuldenbremse als Verfassungsprinzip, Verzicht auf Neuverschuldung

C3 Politische Führung: Verantwortung für kommende Generationen Bewertung: +3

Generationengerechtigkeit durch Schuldenvermeidung

C2 Verwaltungsethik & Rechenschaftspflicht Bewertung: +2

Forderung nach Darlegung konkreter Konsolidierungsmaßnahmen

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -3

Keine Berücksichtigung von Investitionsbedarfen in Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsinfrastruktur

E3 Zukunftsfähigkeit & planetare Grenzen Bewertung: -2

Kein Bezug zu Klimaschutz, Ressourcenschonung oder nachhaltiger Infrastruktur

CDU

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag korrespondiert nahezu wörtlich mit CDU-Sachsen-Wahlprogramm 2024: 'Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher eingenommen haben. Ein schuldenfreier Haushalt hat Verfassungsrang.' Zudem wird der Verweis auf den CDU-Landesparteitagbeschluss A-30 ausdrücklich genannt.

„Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher eingenommen haben. Ein schuldenfreier Haushalt hat Verfassungsrang.“

CDU Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 6

PARTEIPROGRAMM

9/10

Übereinstimmung mit CDU-Grundsatzprogramm 2024: 'Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die Garantie dafür ist die Schuldenbremse.' Der Antrag verankert diese Position strikt auf Landesebene.

„Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die Garantie dafür ist die Schuldenbremse.“

CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 73

AfD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist ein direktes Abbild des AfD-Sachsen-Wahlprogramms 2024: Forderung nach Dezentralisierung, Ablehnung von EU-Zentralismus, strikte Schuldenbegrenzung und Betonung der Subsidiarität. Der Verweis auf 'Verfassungsrang' und 'demografischen Wandel' greift Kernthemen auf.

„Verschuldung und Steuererhebung generell nur auf nationaler Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips!“

AfD Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 60

PARTEIPROGRAMM

10/10

Vollständige Übereinstimmung mit AfD-Grundsatzprogramm 2016: 'Staatsschulden planmäßig tilgen', 'Föderalismus und Eigenständigkeit stärken', Ablehnung ideologischer Schuldenpolitik. Der Antrag ist programmatisch identisch.

„Staatsschulden planmäßig tilgen“

AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 76

SPD

WAHLPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Positionen: Die SPD Sachsen lehnt eine starre Schuldenbremse ab und fordert stattdessen Reformen ('Die Schuldenbremsen in Bund und Land müssen reformiert werden'). Sie betont Investitionen in Zukunft — Schulen, ÖPNV, Infrastruktur — als generationengerecht.

„Die Schuldenbremsen in Bund und Land müssen reformiert werden. Eine parteiübergreifende Kommission von Bund, Ländern und Kommunen muss zügig einen Vorschlag erarbeiten, der nicht an der Ideologie der Vergangenheit klebt, sondern den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gerecht wird.“

SPD Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 19

PARTEIPROGRAMM

1/10

Widerspruch zum Hamburger Programm: 'Eine solide Finanzpolitik heißt für uns, dass wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass wir der kommenden Generation eine marode Infrastruktur hinterlassen.' Der Antrag ignoriert diesen dualen Auftrag.

„Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass wir der kommenden Generation eine marode Infrastruktur hinterlassen.“

SPD Hamburger Programm 2007, S. 47

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die strukturellen Herausforderungen des Freistaates – allen voran der demographische Wandel und bestehende Investitionsbedarfe – können nicht durch Kreditaufnahme bewältigt werden, sondern erfordern Reformen und eine konsequente Ausgabenpriorisierung.

Die strukturellen Herausforderungen des Freistaates – allen voran der demographische Wandel, der Klimawandel und bestehende Investitionsbedarfe in **Bildung, sozialer Infrastruktur und klimaresilienter Mobilität** – erfordern eine **sozial-ökologische Priorisierung**, die auch zielgenaue öffentliche Investitionen umfasst.

Begründung: Behebt den gravierenden Mangel an ökologischer und sozialer Dimension (E3, D4) und verankert GWÖ-Werte statt reiner Sparlogik.

Vorschlag 2 von 3

Original: Zur Haushaltskonsolidierung ist daher eine umfassende Überprüfung und Reduzierung staatlicher Ausgaben erforderlich.

Zur Haushaltskonsolidierung ist daher eine umfassende Überprüfung **mit sozialer und ökologischer Prüfklausel** sowie eine **Priorisierung gemeinwohlorientierter Ausgaben** erforderlich.

Begründung: Ermöglicht eine GWÖ-konforme Haushaltsprüfung (A1–E5), statt pauschaler Kürzungslogik — stärkt Werte Solidarität, Soziale Gerechtigkeit und Ökologische Nachhaltigkeit.

Vorschlag 3 von 3

Original: Der Ausschluss einer Nettokreditaufnahme stellt dabei nicht nur einen Schritt zur Einhaltung der Stabilitätsverpflichtungen und zur Erhaltung finanzpolitischer Spielräume in zukünftigen Haushalten dar, sondern darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Generationengerechtigkeit...

Der Ausschluss einer Nettokreditaufnahme **darf nicht zu Lasten gemeinwohlorientierter Zukunftsinvestitionen gehen**. Generationengerechtigkeit bedeutet auch, **klimagerechte Infrastruktur, barrierefreie Bildung und soziale Sicherheit** für alle zu sichern — nicht nur Schuldenvermeidung.

Begründung: Korrigiert die einseitige Definition von Generationengerechtigkeit (nur finanziell) hin zu einer ganzheitlichen GWÖ-Auslegung (D1, D4, E3).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Abgelehnt · PIPr8-29

Original-Antrag

Drucksache 8/6565

Bekanntnis zur Schuldenbremse auf Landesebene - Verzicht auf Neuverschul-

· **Original-PDF konnte nicht angehängt werden.**

Grund: HTTP 404

Quelle: https://edas.landtag.sachsen.de/parlamentsdokumentation/parlamentsarchiv/viewer.aspx?dok_n